

»Wir brauchen mehr Unterstützung«

Interview mit Jan Pronk, dem UN-Sonderbeauftragten für Sudan

Frage: Herr Pronk, Sie haben heute Gespräche im Auswärtigen Amt geführt. Was ist dabei herausgekommen?

Jan Pronk: Ich habe einige spezifische Fragen zur Unterstützung der Operation gestellt, über die Beteiligung der Deutschen an der Beobachtermission in Südsudan. Wir brauchen dort kein Militär, keine Unterstützungs- oder Schutztruppe, sondern ein Kontingent von 750 Beobachtern. Bisher kommen sie aus acht Ländern, aber ich würde gerne eine größere europäische Beteiligung sehen.

Wie groß?

Ein Drittel europäisch und davon ein ansehnlicher Teil aus Deutschland. Zum zweiten brauchen wir mehr Unterstützung für die Mission der Afrikanischen Union (AU) in Darfur. Allein für die AU-Mission benötigen wir 8000 [Soldaten] und derzeit haben wir weniger als 2000. Denkbar wären auch eine UN-AU-Mission, eine multinationale Truppe außerhalb der UN oder ein Blauhelm-Einsatz – vier Optionen.

Eine dieser vier Optionen sollte vom Sicherheitsrat beschlossen werden und die Europäer sollten, wenn sie selber Truppen entsenden wollen, Unterstützungsgruppen oder Material schicken.

Drittens, was ich noch angefragt habe, ist finanzielle Hilfe für die Rückkehr der Flüchtlinge vom Norden in den Süden. Wir haben dort mehr als in Darfur, zwischen vier und fünf Millionen, die zurückkehren müssen.

Sind das nur die Nord-Süd-Flüchtlinge?

Ja sicher, nur die Nord-Süd-Flüchtlinge. Das hat niemanden interessiert. Aber wir hatten bereits davor drei bis vier Millionen Flüchtlinge – jahrzehntelang. Aber einige sind bereits zurückgekehrt – zu Fuß natürlich, damit sind sie äußerst gefährdet. Sie brauchen Hilfe, aber es gibt keine. Jede Hilfe für den Süden geht nun nach Darfur.

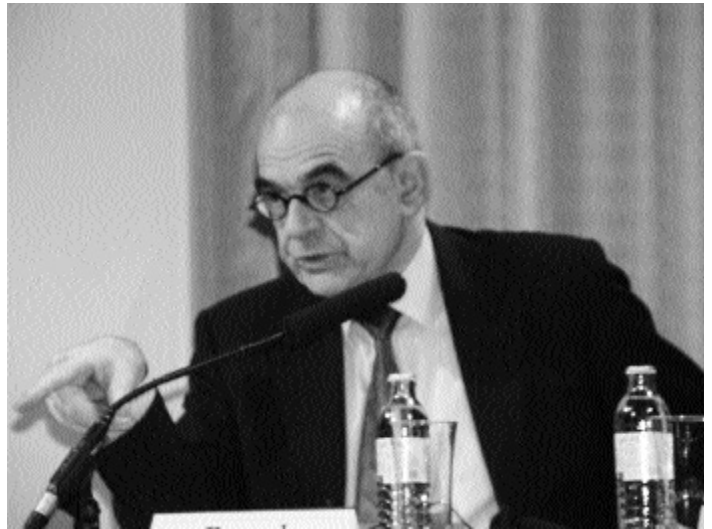
Was ist Ihrer Meinung wichtiger, das Nord-Süd-Abkommen oder ...

Beides ist wichtig. Aber es ist jetzt ein extrem schwieriger Zeitpunkt. Denn wir haben diesen Frieden und brauchen daher keinen Friedensprozeß mehr. Was nun wichtig ist, sind drei Dinge: 1. Rückkehr, 2. Minenräumung und 3. Demobilisierung der Soldaten.

Der Frieden kann jederzeit wieder zerbrechen. Ich will damit nicht sagen, Nord-Süd sei wichtiger als Darfur, aber die Lage dort befindet sich in einem anderen Stadium. Wenn es Frieden gibt, muß er langfristig gesichert werden.

Aber viele haben den Eindruck, es sei wichtiger, zuerst die Tötungen in Darfur zu beenden.

Ja, sicher. Aber man beendet das Töten nicht mit humanitärer Hilfe. Das ist eine andere Sache. Man beendet das Töten mit Militär. Deshalb habe ich die Staaten gebeten, beides zu tun. Daher kommen meine beiden Punkte zuerst und dann die humanitäre Hilfe. Was wir genug haben, ist nämlich humanitäre Hilfe, Lebensmittelhilfe für die Flüchtlinge in den Lagern in Darfur. Aber wir haben nicht genug für die Menschen aus dem Süden. Nun müßten die Staaten ihre Hilfe von einem Ort zum andern verlagern, und zur Zeit wird sie zu den Opfern des Tsunamis verlagert. Wir brauchen mehr. Wir haben deswegen ein Hilfspaket für Sudan von 1,5 Milliarden Dollar für 2005 gefordert. Man könnte sagen, die Hälfte davon für Darfur und die andere für den Süden. Wir bekommen viel von den USA, aber bisher handelt es sich nur um Lebensmittelhilfe. Um die Flüchtlinge wieder in ihrer Heimat anzusiedeln, brauchen wir kurzfristig einige hundert Millionen Dollar. Die 1,5 Milliarden, von denen wir sprechen, sind eine Menge Geld, und ich nannte diese Summe auf eine Anfrage der



Jan Pronk ist seit 18. Juni 2004 Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für Sudan und Leiter der in Khartoum stationierten UN-Vorausmission in Sudan (UNAMIS). Der 1940 geborene Niederländer hatte mehrere wichtige Positionen in den Vereinten Nationen inne. So war er von 1980 an fünf Jahre Stellvertretender Generalsekretär der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Im Jahr 2002 wurde er zum Sondergesandten des Generalsekretärs für den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ernannt. (Foto: Monique Lehmann)

Geberländer hin letzten November. Bislang haben wir davon nur acht Prozent. Wir liegen also weit zurück. Der Tsunami hat dabei auch eine Rolle gespielt. Aber man kann keine Lücke schließen, indem man eine neue schafft. Wir brauchen also mehr, oder mehr Menschen werden sterben.

Der deutsche Verteidigungsminister sagte kürzlich, deutsche Soldaten könnten in Sudan im UN-Rahmen gebraucht werden. Haben Sie bei Ihren Gesprächen von deutscher Seite irgendwelche Präferenzen heraushören können?

Nun, zu erst zum Süden. Ich habe eine im Großen und Ganzen positive Reaktion der Regierung auf meine Anfrage, sich mit Beobachtern zu beteiligen, erhalten. Ich habe dem Bundestag ein Positionspapier geschickt, und ich habe eine größere Beteiligung angefordert. Die grundsätzliche Reaktion ist nicht negativ. Aber wir werden sehen ...

Welches Personal würde gebraucht?

Beobachter.

Und daß könnten Beamte sein oder ...

Nein, wir brauchen das Militär, Militärbeobachter. Experten, um den Waffenstillstand zu überwachen. Man braucht Erfahrung. Sie könnten durch Truppen aller anderen Länder geschützt werden, die sich bereits vor Ort engagieren, wie Pakistan, Indien, Bangladesch, Kenia, Sambia. Aber wir brauchen die Expertise und das Militär insbesondere von Ländern aus dem Westen, weil sie als mit mehr Expertise ausgestattet angesehen werden. Und sie sollten nicht aus islamischen Ländern kommen.

Was Darfur angeht, müssen die Länder ihre Präferenzen selber angeben. Die vier Optionen werden geprüft. Sie werden dem Sicherheitsrat vorgelegt und dieser muß einen Beschluß fassen. Die meisten Staaten werden wohl die AU-Lösung bevorzugen und mehr Geld.

Aber die AU hat nicht die Kapazitäten, rechtzeitig und genug Soldaten zu rekrutieren.

Wie kommt das? Es haben sich doch einige afrikanische Länder an dieser Mission beteiligt und dies ist die erste sozusagen Modell-Operation, die die AU anführt. Man sollte meinen, daß Uganda, Nigeria und andere ...

Nigeria ist dabei; Rwanda, Tansania, Gambia sind dabei. Aber die Anzahl ist nicht ausreichend. Ihre Aktivitäten sind sehr gut, hoch qualifiziert, engagiert, proaktiv. Aber es ist oft schleppend. Vielleicht haben sie zuviel versprochen. Das sicherlich. Sie haben großartige Ambitionen, aber auch zu weit angelegt. Sie sprechen von Somalia, Kongo, Cote d'Ivoire, sogar Haiti. Es ist nicht möglich. Langfristig – ja, kurzfristig – nein.

Wie werden sie bezahlt?

Von Ländern aus dem Westen. Westliche Länder sind immer bereit, dafür zu zahlen, auch wenn diese Zahlungen oft spät kommen.

Es macht also für einen afrikanischen Staat keinen Unterschied, ob er seine Truppen einer AU- oder einer UN-Einheit zur Verfügung stellt?

Nein, im Prinzip macht es keinen Unterschied. Es gibt zwar unterschiedliche Zahlungsmodalitäten, aber sie müssen nicht für sich selbst zahlen. Alles wird bezahlt, die Gehälter, die Unterkunft, der Transport. Aber das Problem ist, daß sie nicht schnell genug sind. Am Anfang war es ein Problem der Fähigkeiten auf beiden Seiten. Aber selbst wenn genug Geld rechtzeitig zur Verfügung stünde, denke ich, wäre die AU nicht in der Lage, die Truppen rechtzeitig zu mobilisieren. Und wie man im Fall Nigeria sehen kann, werden die Truppen zu Hause gebraucht.

Das heißt, was die Truppenstärke angeht, können die afrikanischen Staaten nicht genug beisteuern?

Nein, es ist nicht genug. Wir brauchen, meiner Ansicht nach, auch Truppen aus anderen Ländern. Und ich sage nicht, daß sie aus Europa kommen sollen. Sie können aus asiatischen Ländern kommen. Aber ich schließe europäische Truppen nicht aus. Es müssen auch nicht unbedingt Kämpfer sein, aber Leute zur Absicherung. Die Operation muß sofort beginnen können. Das Geld nur den Afrikanern zu geben, damit sie dafür sorgen, daß vor Ort Soldaten sind, ist nicht gut genug.

Können Sie etwas über den Stand der Verhandlungen zwischen den Rebellen und der Regierung in Khartum sagen? Ist es richtig, daß beide Seiten nicht an einer politischen Lösung interessiert sind, sondern eine militärische bevorzugen?

Was die Rebellen angeht – ja. Und auch bei der Regierung gibt es Einheiten, die lieber kämpfen wollen. Aber die Regierung hat gezeigt, daß sie bereit ist zu verhandeln. Mit Druck natürlich. Alles, was bisher geschah, passierte nur, weil Druck ausgeübt wurde.

Bei den Rebellen gibt es zwei große Bewegungen. Doch beide sind in viele Fraktionen zersplittert. Es sind neue Bewegungen entstanden, die sich nach Norden, Osten und Westen ausbreiten. Jede mit ihrer eigenen Agenda. Sie verdienen ihr Geld während verhandelt wird, und sie haben kein Interesse, den Konflikt zu beenden, weil sie dann raus wären. Sie vertrauen sich gegenseitig nicht. Man verhandelt und bekommt dabei immerhin einen Zugang für humanitäre Helfer ausgehandelt, um eine Impfkampagne durchzuführen oder um Lebensmittel zu den Menschen zu bringen.

Kleine Schritte ...

Ja sicher, und dann kann man nie mit ihnen über Dinge reden, die auch die anderen Gruppen betreffen. Es ist offensichtlich regional sehr unterschiedlich.

Wird es denn eine Nationalkonferenz oder etwas ähnliches geben?

Ja, aber das ist etwas anderes. Das kommt später. Die Regierung verhandelt mit dem Norden, mit der NDA (National Democratic Alliance),

die bereits eine Anzahl an Bewegungen in sich vereint. Aber man hatte schon viele dieser Treffen in der Vergangenheit. Man mußte sie mit Druck an den Verhandlungstisch bringen. Wenn man alle diese Treffen zusammenbringen könnte in eine Art Nationalkonferenz, würde sie vielleicht überleben. Aber es würde helfen, wenn man einige dieser Teilkonflikte, wo die Menschen kaum verhandeln können, zu einer Lösung bringen würde. Sie können leicht mit der NDA verhandeln, weil das politische Parteien sind, und sie wissen, wie man verhandelt.

Aber die meisten Leute im Osten sind einfache Leute, Stammesführer, die kaum Erfahrungen im Verhandeln haben. Sie wissen nur wie man Guerilla-Kriege führt. Auch die im Westen wissen nicht, wie man verhandelt. Aber wenn man alle zusammenbringen würde in eine umfassende Nationalkonferenz, dann könnten die verschiedenen Interessen zusammengeführt werden.

Sollte diese Konferenz unter der Schirmherrschaft der UN stattfinden?

Sie wird nicht unter der Schirmherrschaft der UN stattfinden, weil die Regierung entschieden hat, diese Konferenz selber einzuberufen. Es wird die neue nationale Regierung sein, die Regierung der Nationalen Einheit, wenn John Garang ihr angehört. Wir können sie unterstützen, aber sie müssen uns dies erst erlauben. Man kann das nicht einfach verordnen, das muß von innen kommen.

Was denken Sie, können Sie in den nächsten Monaten tun? Endet Ihr Mandat irgendwann?

Nein, daß ist ein schwerer, langwieriger Konflikt. Es wird vieles zu klären sein. Die ganze Operation wird natürlich ein Mandat erhalten. Zur Zeit haben wir eine Vorausmission und dann wird es eine reguläre Mission werden. Das alles wird von der neuen Resolution des Sicherheitsrats abhängen, die vermutlich Ende März verabschiedet werden wird. Wir werden ein Mandat für sechs oder sieben Jahre bekommen ...

Wird es eine Resolution nur zum Nord-Süd-Abkommen ein?

Nein, es wird eine Omnibus-Resolution sein, eine sehr komplizierte Resolution, mit Elementen aus Kapitel VI und VII, eventuell mit einem Absatz in Bezug auf den Internationalen Strafgerichtshof. Aber ich schätze, daß wird zu umstritten sein, und daher in eine eigene Resolution aufgenommen werden.

Das Mandat wird sowohl militärisches als auch ziviles Peacekeeping umfassen, aber alles [im Resolutionstext] steht noch in Klammern, und alles kostet Geld. Aber ich werde ein Budget von etwas unter einer Milliarde Dollar vorschlagen.

Wie viele Personen?

10 000, plus 4 000 Zivile, mindestens – für die Sicherheit, den Schutz der Menschenrechte, Unterstützung für eine bessere Regierung.

Für den Süden und für Darfur?

Für alles, den Süden und Darfur. Wir müssen eine Operation aufbauen mit Khartum als Hauptquartier und einem weiteren Hauptquartier in Juba, im Süden. Dazu zehn regionale Büros im ganzen Land.

Denken Sie, daß das für dieses große Land ausreicht? Das UN-Peacekeeping leidet doch zum großen Teil daran, daß zu wenige Truppen für die Größe des Landes zur Verfügung stehen.

Nein, aber man sollte nicht mit zu viel Personal kommen. Das könnte den Eindruck einer Übernahme erwecken, und das wäre kontraproduktiv. Unsere Aufgabe ist, Dinge zu ermöglichen. Es ist Kapitel VI. Wir antworten jetzt auf ihre Anfrage und wenn sie sagen, eure Antwort ist nicht gut genug oder sie sagen, wir seien eine Art neokoloniale UN, dann ist das kontraproduktiv. Das heißt, es muß klein bleiben.

Doch die Länder stellen keine Truppen zur Verfügung. Haben Sie die Hoffnung, daß sie es noch tun werden?

Zum Thema Sudan wurden in dieser Zeitschrift folgende Beiträge und Dokumente veröffentlicht:

Beiträge (2002–2004):

Regina Bernhard / Hildegard Lingnau, Die Vereinten Nationen und die Darfur-Krise. Nationale Interessen stehen einer Lösung im Wege, VN 5/2004, S. 167–172.

Gerhart R. Baum, Sudanesische Menschenrechtsbilanz. Innenansichten der Rolle eines Sonderberichterstatters, VN 3/2002, S. 110–115.

Bernhard Streck, Differenz, Indifferenz, Intervention: Sudan und die internationale Gemeinschaft, VN 3/2002, S. 106.

Dokumente (2004):

S/PRST/200418*: Erklärung des Präsidenten v. 25.05.2004, VN 4/2004, S. 160.

S/Res/1547(2004): Einrichtung eines Vorausteams für eine Friedensmission in Sudan (UNAMIS) v. 11.06.2004, VN 4/2004, S. 160f.

S/Res/1556(2004): Androhung von Maßnahmen gegen die Regierung Sudans und Verbot des Verkaufs oder der Lieferung von Rüstungsgütern an nichtstaatliche Akteure in der Region Darfur v. 30.7.2004, VN 4/2004, S. 161ff.

S/Res/1564(2004): Androhung von Maßnahmen gegen die Regierung Sudans und Einsetzung einer Untersuchungskommission für Darfur v. 18.9.2004, VN 5/2004, S. 199f.

S/RES/1569(2004): Terminfestlegung für Sitzungen in Nairobi v. 26.10.2004, VN 2/2005, S. 76

S/RES/1574(2004): Unterzeichnung der Vereinbarung ›Erklärung über den Abschluß der IGAD-Verhandlungen über Frieden in Sudan‹ v. 19.11.2004, VN 2/2005, S. 76ff.

UNAMIS

(United Nations Advance Mission in Sudan)
Vorausmission der Vereinten Nationen in Sudan

Eingerichtet: 11. Juni 2004

Leiter: Jan Pronk

Stärke: Internationales ziviles Personal 164; lokales ziviles Personal 153; militärisches Personal 25.

Sitz: Khartum

Sie tun es bislang nicht, aber die Hoffnung, daß sie es tun werden, habe ich noch. Ich ermutige Leute, zu gehen. Aber viele wollen nicht für Sudan rekrutiert werden. So sieht es leider aus. Ich bekomme nicht genug Sicherheitspersonal. Und weil wir nicht genug Sicherheitspersonal haben, können wir nicht alle notwendigen Überprüfungen der Sicherheitslage durchführen und das hat zur Folge, daß wir nicht alle humanitären Transporte durchführen können.

Es hat einige Beschwerden von deutschen Hilfsorganisationen gegeben, daß Sie ihre Hilfslieferungen nicht zu den Menschen bringen konnten, weil es zu gefährlich sei.

Sicher. Die Regierung hält die Lieferungen nicht auf. Aber es gibt viele Überfälle im Moment und wir können nicht überall hin kommen, wo wir hin wollen.

Gilt das auch für den Süden?

Das gilt für viele Teile des Landes. Weiterhin gelangt man nicht in den Süden, weil dort die Milizen sind, die sich immer noch nicht mit Garang geeinigt haben. Aber das wird langsam besser. Doch es gibt noch viele unsichere Gegenden an den Grenzen zwischen dem Westen und dem Süden und Darfur, zu denen wir keinen Zugang haben. Aber die NGOs sind ziemlich mutig. Mutiger als die UN es ihnen erlaubt. Es werden Leute vermißt. Wir haben acht Menschen verloren, und haben sie nie gefunden. Lokales Personal. Es gibt Schwierigkeiten, und einige Organisationen bekommen keine Visa.

Und für die Deutschen ist es im Moment problematisch, weil die Deutschen als ein wenig schwierig angesehen werden. Doch ich denke, daß Problem kann gelöst werden, und wir werden es lösen. Die humanitäre Hilfe wird nicht durch die Verweigerung der Visa aufgehalten.

Wir brauchen die Deutschen. Ich habe das den Sudanesen klar gemacht, ohne die Deutschen werden wir Schwierigkeiten mit den Europäern haben. Und wir brauchen die Europäer.

Und die Probleme mit den Deutschen, ist das wegen ihrer recht offenen Kritik ...

Ja, und natürlich müssen manche Minister auf irgendein Land den Finger zeigen. Denn auch in einem Land wie Sudan gibt es Wähler, und man muß ihre Erwartungen erfüllen, genauso wie in Deutschland oder den Niederlanden. Die Minister äußern sich negativ über die Dinge, ob es nun die UN sind oder Kofi Annan.

Kofi Annan wird manchmal als ein Werkzeug der USA angesehen. Das stimmt zwar nicht, aber wenn es immer wieder gesagt wird, glauben es immer mehr Menschen.

Und vergessen Sie nicht den Mittleren Osten. Die Leute wissen, was in Afghanistan passiert ist, in Irak, in Palästina. Sie wissen alles über die vielen Sicherheitsratsresolutionen, die nicht umgesetzt wurden. Und jetzt sind wir dran, denken sie, wir sind die Nummer vier. Die Welt gegen den Islam. Sie bekommen alles mit, sie sehen fern, sie lesen die Zeitung – alles darin natürlich verzerrt dargestellt –, sie gehen ins Internet.

Und was ist nicht alles auch in Europa verzerrt dargestellt über Sudan? Genau so viel, wie in Sudan über Europa verzerrt dargestellt wird. Das spielt eine Rolle.

Denken Sie, daß die EU bald Sanktionen verhängen wird? Sind sie eine Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen?

Ich denke, man sollte sogar über mehr Sanktionen reden. Man muß Druck ausüben und Sanktionen können ein Teil des Druckes sein. Drohungen sind immer gut. Man sollte allerdings bei der Verhängung von Sanktionen vorsichtig sein, sie sollten zielgerichtet sein. Ein Ölembargo hätte meiner Meinung nach keinen Effekt. Sanktionen gegen die Leute, die Greuel begangen haben oder den Waffenstillstand gebrochen haben, sind gut, sind zielgerichtet.

Was die Regierung [Khartum] nicht tun sollte, ist, militärische Flüge über Darfur durchzuführen. Es ist nicht richtig, und sie sollte es nicht tun. Wenn sie damit fortfährt, müssen Maßnahmen ergriffen werden, und das Militär wird überlegen, welche Art Maßnahmen das sein werden.

Dann das Waffenembargo: es gibt ein offizielles Embargo, bloß niemand hält sich daran. Und der Sicherheitsrat nimmt es nicht ernst. Und warum nicht? Weil die Sicherheitsratsmitglieder kein Interesse daran haben. Wenn die Staaten also Sanktionen haben wollen, müssen sie sich selber mit Sanktionen belegen.

Das Gespräch in englischer Sprache fand am 24. Februar 2005 in Berlin statt. Die Fragen stellte Anja Papenfuß.